

Deutschland.

Berlin, 26. März. J. M. der König und die Königin haben aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Wissenschaftlichen Vereins in der Sing-Akademie, dem Gründer dieses Vereins, aus dessen Einnahmen bekanntlich die Volksbibliothek gegründet worden, dem hochverdienten Friedrich von Raumer, huldreiche Schreiben zugesendet, begleitet von einem Album mit Ihren Medaillon-Bildnissen und der eigenhändigen Unterschrift: „In dankbarer Anerkennung von Wilhelm und Augusta.“ — Die Königin hat 300 Exemplare der (bei Georg Reimer zum Besten der Volksbibliothek erschienenen) Geschichte des Vereins ankaufen und jedem der Herren, welche in dem Verein einen Vortrag gehalten haben, ein Exemplar zustellen lassen.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: „Die Erzählungen der Berliner „Börse-Zeitung“ und der Wiener „Debatte“ von einem Schreiber Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich an Sr. Maj. den König in Veranlassung des Geburtstages Allerhöchstdenelben sind unrichtig. Sogar der sonst bei dieser Feste zwischen Monarchen übliche telegraphische Gruß scheint unterblieben zu sein.“

— Die Wittve Louis Philipps von Orleans, Königs der Franzosen von 1830 bis 1848, ist, wie telegraphisch gemeldet, am Sonnabend (24. März) Mittag auf dem Schlosse Claremont in England gestorben. Marie Amelie von Bourbon, königliche Prinzessin beider Sicilien, Tochter des Königs Ferdinand I. beider Sicilien, wurde am 25. November 1809 mit dem Prinzen Louis Philippe, Herzog von Orleans, vermählt und wurde Wittve am 26. August 1850. Die hingschiedene Fürstin hat sich auf dem Throne, wie im Eril, den Ruf einer frommen und edeln Frau, einer treuen Mutter zumal bewahrt, so daß sie auch die Achtung und Verehrung derer behielt, die in schärfster politischer Gegnerschaft zu ihrem Gemahl standen. Von ihren Söhnen leben noch der Herzog von Nemours, der Prinz von Joinville, der Herzog von Nemours und der Herzog von Montpensier. Vor Allem blüht ihr eine zahlreiche Entfaltung; von ihren Entel, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, die Beide wieder mit Entelinnen vermählt sind, sah sie noch Urenkelinnen. Einer ihrer Entel, der Graf von Eu, ist mit der Kronprinzessin von Brasilien vermählt. Von ihren Töchtern lebt nur die Prinzessin Clementine, Gemahlin des Prinzen August von Koburg-Gotha, Herzogs zu Sachsen, deren zweiter Sohn, Prinz August, die andere kaiserliche Prinzessin von Brasilien zur Gemahlin hat.

— Die diesjährigen Remonte-Ankaufs-Kommissionen sind in folgender Weise zusammengestellt: A. Für die mittleren Provinzen: 1) Präses ad int. Mittelmeister Graf v. Pfeil vom 2. Leib-Hus.-Regt. Nr. 2, Adjutant des Remonte-Inspetors, 2) erster Hilfs-offizier Prem.-Lieut. Benedendorff v. Hindenburg vom 2. Garde-Dräger-Regiment, 3) zweiter Hilfs-offizier Prem.-Lieut. Schlick vom 3. Garde-Ulanen-Regiment. B. Für die Provinz Preußen: 1) Präses Mittelmeister Haack à la suite 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1, 2) erster Hilfs-offizier St.-Lieut. Treutlich v. Buttlar vom litauischen Dräger-Regiment Nr. 1, 3) zweiter Hilfs-offizier St.-Lieut. von Nochow vom brandenburgischen Dräger-Regiment Nr. 2.

— Wie der heutige „Staats-Anzeiger“ meldet, ist der bisherige Pfarrer Köllner zu Elberfeld vom Könige zum Propste zu Köln an der Spree (Pastor an der Petrifirche zu Berlin) ernannt worden.

— Ein Wiener Blatt hat der Anwesenheit des italienischen Generals Gavone in Berlin eine politische Bedeutung untergelegt, dieselbe als eine geheime Mission dargestellt und sogar behauptet, dieser General sei hier zu kriegerischen Berathungen zugezogen worden. General Gavone ist aber, wie schon gemeldet, hierher gekommen, um die militärischen Anstalten Preußens kennen zu lernen. Mit seiner „geheimen“ Mission wäre es jedenfalls etwas sonderbar angelegt; denn alle Welt weiß, vom ersten Tage an, daß er hier ist, weil er sich bei allen betreffenden Gelegenheiten öffentlich zeigt.

— Die „Kr.-Ztg.“ schreibt: Die Nachrichten aus Wien lauten jetzt friedlicher. Zwar wird noch von Rüstungen an einzelnen Punkten gemeldet; doch zeigt die Haltung der österreichischen Organe aller Orten, daß ihnen Mäßigung gegen Preußen zur Pflicht gemacht ist. Von den Mittelstaaten heißt es, daß auch keiner sich übereilen wolle betreffs irgend einer Parteinahme. Im Ganzen scheint die Hoffnung auf eine friedliche Lösung, die auch ein Brief des Kaisers Franz Joseph an Sr. Maj. den König — aus Gelegenheit des Geburtstages König Wilhelms — betont haben soll, jetzt überwiegend zu sein, aber ohne daß irgend welche Detailvorschläge behufs der Ausgleichung bis jetzt bekannt geworden wären. Was in dieser Beziehung andere Blätter melden, ist lediglich erfunden.

— Der Stadtv. Dr. Birchow hat bei der Stadtverordneten-Versammlung den nachstehenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, bei der Anlegung neuer und dem Umbau alter Brunnen die geologischen Verhältnisse des Bodens, womöglich durch besondere Sachverständige, wissenschaftlich bestimmen und aufnehmen zu lassen. Motive: Die geologischen Verhältnisse, des Bodens, auf welchem Berlin steht, sind wissenschaftlich noch sehr ungenau bekannt. Für die Untersuchung der Gesundheits-Verhältnisse, für Bauunternehmungen für das Auffuchen von gutem Trinkwasser u. s. w. ist eine solche Kenntniß unentbehrlich. Die Gelegenheit, eine große Zahl neuer Brunnen zu erbauen, ist gerade jetzt überaus günstig, um wenigstens einen Anfang mit einer solchen Untersuchung zu machen.“

— Die „Nordb. A. Ztg.“ erklärt, es sei nicht wahr, daß eine stärkere Ausrüstung der schlesischen Festungen vorgenommen sei;

denn was von Geschützen dorthin gebracht worden, sei nichts als der schon seit einem Jahre im Gange befindliche Austausch alter gegen neue Geschütze, womit in regelmäßiger Weise fortgefahren werde.

— Wie die „Spen. Ztg.“ meldet, ist gegen einen Abgeordneten, welcher als Mitglied einem Richter-Kollegium angehört, wegen einer Rede, die er in einer Versammlung von Wahlmännern und Urwählern kürzlich gehalten hat, die Disziplinär-Untersuchung eingeleitet worden.

— Ein Korrespondent des „Fr. Z.“ will wissen, daß das Ober-Tribunal am 29. Januar auch in der Twisten'schen Sache einen mit dem bekannten Beschlusse gegen Frenzel vollständig übereinstimmenden Beschluß gefaßt habe. „Das Kammergericht hat sich indeß geweigert, auf diesen Beschluß hin das Stadtgericht zur Erhebung der Anklage gegen Twisten anzuweisen, sich stützend auf Art. 16 des Gesetzes vom 3. Mai 1852, wonach den förmlichen Beschluß über die Anklage dasselbe Gericht zu fassen hat, welches über die wegen Nichtzulassung der Anklage erhobene Beschwerde entscheidet. Das Ober-Tribunal konnte aber diesen Beschluß nicht fassen, weil die Untergerichte über die Zulässigkeit der Anklage auf Grund nur des Art. 84 der Verfassung, nicht auch der für den Thatbestand der Verleumdung erhobenen Anschuldigungen, entschieden hätten. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen diese zweite Ablehnung der Anklage seitens des Kammergerichts wiederum Beschwerde beim Ober-Tribunal erhoben.“

Königsberg i. Pr., 25. März. Zur Zeit erregt hier die seitens der russischen Regierung verlangte Auslieferung eines polnischen Studirenden, welcher bei der letzten polnischen Insurrection theilhaftig gewesen sein soll, dann nach Preußen und hier in Arbeit zu einem Zimmermeister kam, allgemeine Theilnahme, weil der junge Mann hier ein untadelhaftes Verhalten an den Tag gelegt, und weil ihm in Russland, würde er ausgeliefert werden, ein sehr trauriges Schicksal bevorstehen würde. Vorläufig ist er polizeilich in Haft genommen; man glaubt indeß bei einflussreicher Verwendung ihn jenem Schicksal entreißen zu können.

Mendelsburg, 24. März. Eine bisher hier selbst garnisonirende preussische vierpündige Batterie ist heute nach Schleswig ausgelädt.

Billingen, 21. März. (Oberh. Kur.) Heute stand Pfarrer J. Einhart von Döggingen schon wieder (zum dritten Male) vor den Schranken der hiesigen Strafkammer. Er war angeklagt zwei Lurschen in der Kirche mit dem Weihwasserwedel Schläge auf den Kopf verjagt zu haben. Da die Thatfache erwiesen wurde, so verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Strafe von 30 Fl. und Tragung der Kosten.

Wien, 24. März. Die Situation zeigt sich heute etwas weniger gespannt als gestern. Es sollen bessere Nachrichten aus Berlin angekommen sein; man spricht davon, daß gelegentlich der Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs von Preußen ein Austausch freundlicher Worte und friedlicher Versicherungen zwischen dem General-Lieutenant v. Manteuffel und dem Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz stattgefunden habe. Die Börse nahm Akt von diesen Meldungen und ließ die Papiere steigen sowie fremde Valuten fallen.

— Aus Venetien und dem südlichen Krain kommen Nachrichten über die zunehmende Unsicherheit auf den Straßen und dem offenen Lande. Es scheint, daß Piemont die in Oesterreich eingetretene Erleichterung in den Passvorschriften und Passmanipulationen benutzt, um sich seiner Landstreicher und Vagabunden (und deren Zahl ist bekanntlich nicht klein in Italien) bestens zu entledigen. Ganze Banden solcher Gesindel, mitunter bewaffnet, streichen in den venetianischen Provinzen umher und erfüllen die Bevölkerung mit Schrecken.

— Der „Köln. Ztg.“ wird aus Wien telegraphirt: Nachrichten aus Flensburg zufolge äußerte der Gouverneur Freiherr v. Manteuffel bei der Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs von Preußen gegen den österreichischen Civil-Adlatus Hrn. v. Hoffmann, ein Handstreich gegen Holstein sei unmöglich, weil er noch Befehlshaber in Schleswig sei. Zugleich drückte der Herr Gouverneur die wärmsten Wünsche für einen Ausgleich der obwaltenden Meinungs-Differenzen aus.

— Der böhmische Landtag ist geschlossen. Aus den Abschiedsreden in der Schlußsitzung ist besonders aufgefallen, daß gewissermaßen offiziell (Graf Razantky) betont wurde, die Session sei fruchtbarer gewesen als die früheren. Daraus läßt sich vielleicht folgern, daß die Staatsregierung die Beschlüsse des Landtags, wenn auch nicht alle, so doch in ihrer Mehrzahl billige. (Von den Landtagen der deutsch-slavischen Provinzen ist jetzt keiner mehr in Thätigkeit als der galizische. Da auch dieser bald geschlossen wird und der Agrarier sich bis zum Mai vertagt hat, so wird der ungarische allein noch in nächster Zeit das Wort haben.)

— Das Münchener Kabinet scheint an der Ansicht festzuhalten, daß vorerst die beiden Großmächte den Versuch einer Ausgleichung untereinander zu machen haben, zumal der Bund dem Gasteiner Vertrage ganz fremd geblieben ist. Erst wenn sichere Anzeichen für eine Friedensstörung vorliegen, würde der Bund nach Art. 11 der Bundesakte dazwischen zu treten haben; erkenne dann die eine Macht die Kompetenz des Bundes nicht an, so würde derselbe sich auf die Seite der andern zu stellen haben. Mißachten beide Großmächte die Kompetenz des Bundes, so erachtet die bairische Regierung den Bund für aufgelöst, und die Mittelstaaten hätten dann ohne Rücksicht auf die Bundespflicht nur das zu thun, was das Interesse des eigenen Landes erheische. Dieses Interesse aber verlange Neutralität, welche nur durch feste Vereinigung und gleichzeitige Politik der Mittelstaaten gewahrt werden könne. Dieses Programm soll nach der „Augsburger Abendzeitung“ der Minister

v. d. Pfordten sowohl den Mittelstaaten, als Oesterreich gegenüber näher erörtert haben. — Nach dem genannten Blatte wäre Herr v. d. Pfordten auch der Verfasser der von uns neulich erwähnten Artikel der „Bair. Ztg.“, welche etwa dieselben Gedanken ausführten, namentlich von jeder Uebereilung der Mittelstaaten abriethen.

Prag, 23. März. Am 22. d. sind in Wolitz bei Strakonitz nicht unbedeutende Excesse vorgefallen, so daß von Pisek Militär entboten wurde.

Ausland.

Brüssel, 24. März. „L'Etoile belge“ veröffentlicht die folgende Nachricht, für die wir ihr die Verantwortlichkeit überlassen: „Seit einigen Tagen spricht man in Brüssel und Belgien von nichts weiter, als von einer sehr ernsten Kriminalinstruktion zu Lasten von sieben oder acht Personen, meistens polnischen Ursprungs, unter denen sich ein General und ein Ingenieur befinden, die der Fabrikation oder der betrügerischen Ausgabe russischer Assignaten angeklagt sind. Diese sehr delikate Instruktion legt uns in Bezug auf die Veröffentlichung der Einzelheiten, welche davon verlauten eine außerordentliche Vorsicht auf. Wir können indeß sagen, daß gestern in Lüttich eine neue Verhaftung, schon die siebente, kraft eines Mandats der Justiz durch eine Delegation des instruirenden Beamten der Hauptstadt vorgenommen worden ist. Es haben zahlreiche Hausdurchsuchungen stattgefunden.“

Paris, 24. März. Die Stadt Genf hat den Herrn Glais-Bizoin an der französischen Censur, welche die Aufführung seines „Vrai courage“ verboten hatte, gerächt. Der Verfasser, der zugleich Mitglied der Kammer-Opposition, und sein Stück, obgleich es nicht viel taugt, wurden mit acht republikanischem „Enthusiasmus“ begrüßt. Gestern gaben ihm die Mitglieder des Staatsraths ein Banquet. Um der Aufführung des Stückes in Genf den Charakter einer Manifestation gegen die französische Regierung ungeschwächt zu erhalten, wollte Herr Glais-Bizoin, daß dasselbe nur einmal aufgeführt werde. Er läßt sich hierüber in einem veröffentlichten Schreiben an den Theater-Direktor aus. — Der „Courrier du Dimanche“ protestirt gegen die Aeußerung des Staatsministers in der Kammer, daß exilirte Prinzen keine Rechte in Frankreich hätten. Sie geschah auf Anlaß einer Bemerkung des Herrn Picard über die Wegnahme einer Schrift des Duc d'Almale. Der „Courrier“ ist dreist genug, nun hervorzuheben, daß, wenn ein exilirter Prinz keine Rechte habe, ein eingesperrter dann noch weniger hätte haben müssen, und doch habe unter der Juli-Regierung dem nacheinander exilirten, verurtheilten und in Ham eingekerkerten Prinzen L. Napoleon Niemand das Recht verweigert, die Regierung in Büchern, Broschüren und Zeitungsartikeln lebhaft anzugreifen. — In der Schule S. Barbe ist es (wie schon gemeldet) vor Kurzem zu einer Revolte gekommen. Provisorisch wurde die betreffende Klasse der Anstalt aufgelöst. Am Montag wird der Unterricht wieder beginnen. Doch aber sind 18 junge Leute ausgewiesen; sie sind sämmtlich Bourgeois, d. h. sie erhalten Unterhalt und Unterricht auf Kosten des Staates.

— Prevost-Paradol pflückt heute mit dem „Constitutionnel“ ein Hühnchen. Dieser hatte ihm wegen seiner akademischen Antikritische Widersprüche mit früheren Aeußerungen nachzuweisen gewagt. Prevost-Paradol gesteht in seiner Entgegnung dies nicht zu, äußert dann aber:

„Der erhabene Verfasser von „Cäsar's Leben“ hat es in seiner Vorrede kein Hehl gehabt, daß er, indem er die Geschichte seines Helden erzählte, an das Haupt seiner Familie dachte; was ist natürlicher und entschuldbarer, als daß ich, da ich vom Verfalle der römischen Freiheit zu reden hatte, der Leiden meines Vaterlandes gedachte?“

London, 24. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses legte der Lord-Kanzler eine Bill vor, welche die Vorschläge der Königl. Kommission über die Todesstrafe mit einigen Modifikationen auszuführen bezweckt. Die erste Lesung wird genehmigt und die zweite auf den 17. April anberaumt.

— Der Schatzkanzler beantragt die Vertagung des Hauses bis zum 9. April und sagt bei diesem Anlaß mit Bezugnahme auf die Motionsanzeigen von Earl Grosvenor und Mr. Kinglake, daß die Regierung beschlossen habe, mit der Reformbill vorzugehen und nicht den Resolutionsweg zu beschreiten. (Beifall von den ministeriellen Bänken). Der Motion des Earl Grosvenor werde sie mit Entschiedenheit entgegengetreten; erstens weil diese Motion etwas Anderes sage, als sie bezwecke, und zweitens, weil sie ein deutliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung sei. Aber die Regierung sei nicht abgeneigt, zu versprechen, daß sie nach der zweiten Lesung der Reformbill und vor der Comité-Berathung darüber ihre Absichten in Bezug auf die Vertagung der Sitzungen und den Census in Schottland und Irland eröffnen werde. (Beifall.) Diese Eröffnungen würden in Gestalt einer Bill auf den Tisch gelegt, aber nicht als solche behandelt werden, sondern nur um dem Hause als Belehrung zu dienen. (Ironischer Beifall und Gelächter.) — Earl Grosvenor erklärt darauf, daß es bei seiner Anzeige verbleibe; denn seiner Meinung nach wolle das Haus den ganzen Reformplan, als ein Ganzes in Erwägung genommen haben. — Mr. Disraeli bemerkt, es sei eine gefährliche Feldherrnpolitik, seine Fronte Angesichts der feindlichen Schlachtordnung zu ändern. Der Schatzkanzler habe die Frage auf dem alten Fleck stehen lassen. Eine Bill vorlegen wollen, die nicht als Bill behandelt werden solle, das heiße mit dem Hause sein Spiel treiben. — Auch die vorgelegte Wahlstatistik tabeln mehrere torystische Mitglieder als mangelhaft. — Lord Rob. Montagu sagt bei dieser Gelegenheit von Mr. Villiers, derselbe sei der „vorgebliche Freund der arbeitenden Klassen“, worauf der Schatzkanzler entgegnet, daß die arbeitenden Klassen, wenn sie im Parlamente säßen, dem edlen Lord ein Beispiel guter Lebensart geben könnten.

